

Erfahrungsbericht

Ihr findet einen Zeitungsartikel der Tageszeitung "TAZ" vom 1. 2. diesen Jahres unter Google, der sich mit der Androhung eines Zwangsumzugs eines Schwerbehinderten beschäftigt. Es geht in diesem Artikel darum, was Ämter (insbesondere Bezirksämter) sich mittlerweile alles "herausnehmen", um schwerstkranke Menschen auf Biegen und Brechen aus ihren Wohnungen zu vertreiben.

Der Betroffene hat einige gute Tipps zusammengestellt, was in solcher Situation zu tun ist:

*Nehmt Euch, sobald Ihr mit irgendeinem Amt (Jobcenter, Grundsicherungsamt etc.) zu tun habt, umgehend einen guten Sozialanwalt; nicht irgend so einen "Wald- und Wiesenanwalt", der alles annimmt; mit anderen Worten: z. B.

Jens Ruprecht
Mainzer Str. 21
10247 Berlin
Tel. 6789 3404

Um einen Beratungshilfeschein für einen Sozialanwalt zu bekommen, müsst ihr das für Euch zuständige Amtsgericht aufsuchen, und dann dort die Rechtsberatungsstelle (meist im Erdgeschoß) mit folgenden Unterlagen :

***Aktueller Bescheid vom Amt, gegen den Ihr vorgehen wollt**
2. Kontoauszüge der letzten 3 Monate
3. Personalausweis

Dort vor Ort müsst Ihr dem Rechtspfleger sagen, wogegen ihr vorgehen wollt (Mietkürzung, Nichtanerkennung des Mehrbedarfs etc...). Er stellt Euch dann sofort den Beratungshilfeschein aus, mit dem Ihr dann zum Anwalt könnt.

Wenn Ihr nicht weiter kommt, gibt's da auch noch den Datenschutzbeauftragten, den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden des jeweiligen Bezirksamtes und den Petitionsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses.

Bei letzterem arbeiten sehr freundliche, zugewandte Menschen, die meinem Anliegen bis heute nachgehen und immer wieder beim Bezirksamt nachfragen.

Jedoch haben auch sie keine "Durchschlagskraft" bzw. Weisungsbefugnis. Die Ämter müssen denen zwar antworten, aber mehr als Ermahnen oder freundlich auf einem Missstand hinweisen kann auch ein Petitionsausschuss nicht.

Geht nie(!!!)zu einem Amtsarzt alleine. Nehmt Euch mindestens 2 Zeugen mit. Amtsärzte (insbesondere solche, die bei Bezirksämtern arbeiten) sind bezahlte Handlanger des Amtes. Diese müssen die Drecksarbeit zur Durchsetzung des menschenrechtswidrigen Vorhabens – Zwangsumzug- machen, indem sie Umzugsfähigkeiten bejahen sollen - und damit Menschen das letzte wegreißen,

Erfahrungsbericht

was ihnen noch geblieben ist: die eigenen 4 Wände.

Ihr könnt diese Ärzte ablehnen und auf einen vom Gericht bestellten neutralen Gutachter bestehen. Aber bitte immer mit Anwälten im Hintergrund!

Wenn man eine Beschwerde gegen einen Amtsarzt vorbringt, ist dafür nicht die Ärztekammer zuständig. Amtsärzte unterliegen nicht der Aufsicht der Ärztekammer. Also landen Beschwerden bei dem/r zuständigen Bezirksbürgermeister/in. Und so schließt sich der Kreis. Fazit: das ist hier eine geschlossene Veranstaltung. Zutritt nur für Befugte

Demokratie - Transparenz - Kontrolle durch neutrale Gremien - Fehlanzeige!

Bezirksämter und Jobcenter sind monolithische Machtblöcke, die letztendlich machen können, was sie wollen.

SETZT EUCH ZUR WEHR! MACHT ES IHNEN SCHWER! NUTZT EURE EUCH (NOCH) VERBLIEBENEN RECHTE UND BEAUFTRAGT FÄHIGE & KOMPETENTE SOZIALANWÄLTE .

WER KÄMPFT KANN VERLIEREN, ABER WER NICHT KÄMPFT HAT BEREITS VERLOREN. UND DARAUF SETZT DAS SYSTEM!

Wer mit derartigen Zumutungen kein Problem hat und auch bereit ist, den sozialen Abstieg hinzu nehmen, könnte – freilich je nach Arbeitsmarktlage – von der Aktivierung profitieren: Sie würden bei der "richtigen" Arbeitssuche (also die Bereitschaft, auch die schlechtbezahlteste und schmutzigste Arbeit anzunehmen) unterstützt. Wer sich allerdings weigert, dieses massive soziale Deklassierungs- und Ausbeutungsprogramm zu akzeptieren und zum Beispiel auf seiner Berufsidentität beharrt, denen – so die Studie – ergeht es schlecht: "Sie laufen Gefahr, in das Visier der Arbeitsvermittler zu geraten" und "bekommen dann als Abweichler zusätzliche Probleme, da gerade bei ihnen die Haltung und nicht die Vermittlung in Arbeit in den Fokus des Arbeitsvermittlers gerät".

Man muss sich deutlich vor Augen führen, was dieses – im soziologischen Fachjargon "nachsolidarische" – Denken und Tun der Arbeitsbehörde bedeutet: Sie mutierte unter Hartz IV offensichtlich zu einer Kontroll- und Bestrafungsbehörde nicht nur des Handelns, sondern des Denkens, der Einstellung, der Gesinnung. Nicht nur die Zurückweisung einer Arbeit wird sanktioniert, sondern allein schon die nicht Hartz IV-kompatible Einstellung, mit einem erlernten Beruf ausreichend Geld zum eigenen Unterhalt zu verdienen und so ein normales Leben führen zu wollen. Die Arbeitsbehörden werden so praktisch zur Schule der Armut und Demut – die Armen- und Arbeitshäuser des 19. Jahrhunderts lassen ideologisch grüßen.